

Rosa Luxemburg in den Basler Regierungsrat!

Autor(en): **Wegelin, Anna**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **21 (1995)**

Heft 3

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-361784>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Rosa Luxemburg in den Basler

VON ANNA WEGELIN

Der eine ging, der andere kam: Zeitgleich mit der Ankündigung des vorzeitigen Rücktritts von Hans-Rudolf Striebel, dem baselstädtischen Vorsteher des Erziehungsdepartements, präsentierte die kantonale FDP Parteigenosse Stefan Cornaz als Nachfolger. Die SP verpasste es, eine geeignete Gegenkandidatur für die nötig gewordene Regierungsrats-Ersatzwahl vom 20./21. Mai aufzustellen. Doch dann kam das FrauenForum: 13 links-feministische Frauen gaben Ende März ihre Kandidatur bekannt. Mit dieser Mehrfachkandidatur soll gegen das «abgekartete Sesselrücken» im männerdominierten Regierungsrat protestiert und ein zweiter Frauensitz in der Basler Exekutive ergattert werden. Gleichzeitig lancierte das FrauenForum das sogenannte Wahlprojekt, ein politisches Programm. Christine D'Souza ist eine der Initiantinnen des FrauenForum. Im Gespräch mit EMI-Redaktorin Anna Wegelin skizziert sie Entstehungsgeschichte und Wahlprojekt.

EMI: Jede der dreizehn Kandidatinnen hat für ihre Liste den Namen einer berühmten Frau angenommen. Warum wähltest Du Rosa Luxemburg?

CHRISTINE D'SOUZA: Für mich ist Rosa Luxemburg, die wegen ihres politischen Engagements und ihrer Weltanschauung 1919 ermordet wurde, immer noch eine wegweisende Sozialistin. Sie blieb kompromisslos, liess sich nicht in die revisionistischen Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei einbinden. Ausserdem war Rosa Luxemburg nicht nur politisch aktiv, sondern auch eine hervorragende Theoretikerin, eine Wissenschaftlerin in wirtschaftlichen Belangen – und dies in einem Fachgebiet, das damals noch viel stärker als heute von Männern geprägt war. Ihr geistiger Pate war Karl Marx, bedauerlicherweise ist ihr Werk heute aber viel weniger bekannt als seines. In ihrem theoretischen Hauptwerk «Die Akkumulation des Kapitals» beschreibt sie 1912 – natürlich auf ihre Zeit bezogen und in der damals üblichen Spra-

che –, was im Kapitalismus geschieht: die Konsequenzen der Bereicherung einiger weniger Privilegierter für die in vielfacher Hinsicht benachteiligte Mehrheit, die Stellung der Frau, die Umwelt und Natur.

Das FrauenForum bezeichnet sich als «überparteilicher Zusammenschluss feministischer Frauen». Was bedeutet es für Dich, Feministin zu sein?

Allgemein heisst das für mich, zu politisieren unter spezieller Berücksichtigung der Situation der Frau in Politik, Wirtschaft und Familie. Der Frau als Individuum und im gesellschaftlichen Kontext, wie zum Beispiel in Erziehung und Bildungswesen. Dabei fordere ich nicht nur die politische, soziale und wirtschaftliche Gleichstellung der Frau, sondern auch ihre Gleichberechtigung – diese ist in unserer Gesellschaft ganz offensichtlich nicht erreicht worden. Ich sehe mich jedoch in erster Linie als Sozialistin. Ich verfolge – wie Rosa Luxemburg – die Idee einer sozialistischen Demokratie. Dies impliziert für mich, dass ich eine Feministin bin. Feministisch zu denken und zu handeln stellt für mich einen integralen Bestandteil meines Politisierens dar.

Wie kam Euer Wahlprojekt zustande?

Im Vorfeld der Eingabe von dreizehn Frauenkandidaturen – die Anzahl ist übrigens ein Zufall – diskutierten linke Frauenkreise kontrovers und intensiv darüber, wie gegen Cornaz vorzugehen sei. Angeregt wurde die Debatte durch eine vom Gleichstellungsbüro Basel-Stadt zusammen mit der regierungsrätlichen Frauenkommission organisierte Diskussionsrunde in der Veranstaltungsreihe «Frauen in den Regierungsrat». Die beiden Hauptdiskussionspunkte waren die Regierungsrats-Ersatzwahl vom Mai und die ebenfalls anstehenden Gesamterneuerungswahlen vom Herbst 1996. Namentlich unter den bürgerlichen Frauen räumten Stimmen ein, vom FDP-Entscheid «übereilt» worden zu sein; es könne keine «fähige» Anwärterin in so kurzer Zeit gefunden werden. Unter den eher linksorientierten Frauen bildeten sich im Anschluss an diese Veranstaltung zwei Projektgruppen: Die eine begann, Wahlstrategien für die Gesamterneuerungswahlen zu entwickeln und geeignete Kandidatinnen aus dem bürgerlichen und linken Spektrum zu finden. Die andere Gruppe setzte sich zum Ziel, jetzt auf den FDP-Coup zu reagieren; die von Susanne Bertschi, einer unserer Mitkandidatinnen, erstmals erwähnte Idee der Mehrfachkandidatur verfolgten ein paar Frauen gemeinsam weiter. Aus dieser Empörung, diesem Protest heraus begannen wir zunächst, auf informell-privater Ebene Konzepte und Strategien auszuarbeiten und weitere Frauen zu rekrutieren. Dann ging eine heftige Diskussion los: Das könnt ihr doch nicht machen, ihr macht euch

Regierungsrat!

13 Frauen wollen ins Basler Rathaus (v.l.n.r.):

Verena Soldati, Anna Sibylle Frey-Greiner, Maja Dubach Pulver,
Ursula Glück, Christine D'Souza, Susanne Bertschi,
Ursula Stehlin, Lieve Bosmans Baur, Patricia Purtschert,
Lena Doris Rérat, Irène Huber, Sabine Schäfer,
Christine Studer Bäuml (Foto: M. Kupferschmidt)



lächerlich, ihr werdet nicht ernst genommen, ihr könnt eure politischen Ziele so nicht durchsetzen, ihr nehmt überhaupt die Regierungsratswahl viel zu wenig ernst und so weiter.

Das erinnert an Reaktionen aus dem Lager der bürgerlichen Politikerinnen...

Gerade die negativen Leserinnenbriefe wie derjenige von Christine Wirz-von Planta (in der Basler Zeitung vom 1. April 1995, AW) zeigen, dass das Bedauern darüber, dass die FDP keine Frau nominiert hat, gross sein muss. Die heftige Reaktion, der Widerstand, der uns von bürgerlichen Frauen entgegengebracht wird, ist für mich ein Hinweis dafür, dass auch sie bei Cornaz' Aufstellung vor ein *Fait accompli* gestellt wurden. In einer Situation jedoch, in der die Mutterpartei von links torpediert wird, verhalten sich die bürgerlichen Frauen loyal. Diese Projektion ist psychologisch interessant, sie beweist auch, dass die bürgerlichen Politikerinnen einen äusserst schwierigen inneren Konflikt austragen.

Wie seid Ihr in der Anfangsphase mit internen Unstimmigkeiten umgegangen?

Nach dem langwierigen Entscheidungsprozess gab es dann Mitte März den grossen Eklat im linken Frauenkuchen: Die einen liessen während zehn Tagen einen Brief kursieren mit dem Aufruf, möglichst viele Frauen-

kandidaturen zu lancieren, die anderen gingen in die Gruppe für die Gesamterneuerungswahlen über. Ich finde das nicht schlimm. Natürlich gab es zum Teil persönliche Hickhacks – Freundschaften können das aber ertragen.

Weshalb habt Ihr nicht früher nach einer geeigneten Kandidatin gesucht?

Wir gingen lange Zeit davon aus, dass die FDP eine Frau aufstellen würde – zumal eine geeignete Kandidatin vorhanden gewesen wäre. Wäre sie nominiert worden, wir hätten keinen Mucks gemacht. Wir sind uns im klaren darüber, dass ein bürgerlicher Sitz nicht so leicht zu ergattern ist, dazu haben wir weder die Mittel noch die Popularität. Doch dann wurde einfach Cornaz vorgeschoben, und dagegen wollten wir protestieren. Klar ging es zunächst auch darum, eine Einerkandidatur aufzustellen. Als wir jedoch begannen, mit Namen wie Anita Fetz, Elisabeth Freivogel, Margrit von Felten um uns zu werfen, sahen wir die Sinnlosigkeit dieses Unterfangens ein. Schliesslich einigten wir uns auf das Projekt einer Mehrfachkandidatur.

Welche Rolle spielt die Parteizugehörigkeit im FrauenForum?

Sechs der Frauen gehören der Frauenliste Basel FraB an, zwei sind von der Neuen PdA, die anderen fünf definieren sich als parteilos. Wir sind es jedoch gewohnt, gewisse Aktionen auch ausserhalb unserer Mutterparteien, gemein-

sam mit anderen Frauen, durchzuführen, wie zum Beispiel bei den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht. Diese Netzwerke unter linken Frauen existieren schon lange, wir müssen ja nicht immer parteipolitisch auftreten.

Gegen Euer Wahlprojekt wird oft der Vorwurf der Konzeptlosigkeit, ja des «Dilettantismus» laut. Welche Reaktionen erhofft Ihr Euch von den Basler StimmbürgerInnen?

Wir wollen zunächst einmal darauf aufmerksam machen, dass es – entgegen einer weit verbreiteten Meinung – Frauen gibt, die politisieren wollen und können. In unserer Gruppe gibt es denn auch viele politisch erfahrene Frauen, selbst wenn nicht jede von uns mit allen politischen Wässerchen gewaschen ist. Den Wählenden soll eines ersichtlich werden: Es ist schlichtweg unglaublich, dass die FDP – die notabene vor drei bis vier Monaten ein für bürgerliche Verhältnisse vorbildliches, fortschrittliches Frauenprogramm verabschiedete – nun einfach wieder einen Mann nominiert hat. Wir wollen diesen Betrug ins Licht der Öffentlichkeit rücken, wir bieten eine echte Wahl und wollen einen zweiten Wahlgang provozieren.

Nehmen wir einmal an, dies gelingt Euch. Was wäre Euer nächster Schritt?

Das wissen wir noch nicht. Wir haben sehr wohl darüber diskutiert, bis jetzt jedoch noch keine definitiven Beschlüsse gefasst. Ausserdem sind wir eine äusserst heterogene Gruppe, wir waren uns nicht immer gleich einig darüber, ob wir überhaupt einen zweiten Wahlgang provozieren wollten. Bei uns besteht eben keine Unité de doctrine.

Gehen wir kurz auf einige Aspekte Eures Wahlprojektes ein: Eure Forderung nach einer zusätzlichen Frau im Regierungsrat unterstützt Ihr unter anderem mit dem «wissenschaftlichen» Argument, dass «Frauen zuerst eine gemeinsame Ebene suchen, um dann im Austausch Lösungen zu finden», wohingegen «Männer sich beim (verbalen) Kräfteressen und Belehren im Element fühlen». Diese Aussage wirkt auf mich essentialistisch undifferenziert...

Wir wollen keinesfalls postulieren, Frauen könnten besser kommunizieren als Männer; das wäre vulgär-feministisch. Wir wollen zeigen, dass unsere Kommunikationsmuster sich von denjenigen der Männer unterscheiden, da wir andere Erfahrungshintergründe mit uns bringen. Und dass es langsam Neuerungen braucht, um von der Holzbockpolitik und den Machtkämpfen wegzukommen.

Mit diesen frauenspezifischen Erfahrungshintergründen im Rücken fordert Ihr einen «radikalen Perspektivenwechsel» hin zu einer «bedürfnisorientierten Politik», einer «Stadt-

politik mit menschlichem Gesicht». Was dabei erstaunt, ist Eure Schlussfolgerung, damit «viele Folgekosten einsparen» zu können – wenn Ihr Euch doch gleichzeitig gegen jeglichen Abbau in der Sozialstruktur wehrt...

Wenn zum Beispiel Kinder – sie sind unweigerlich mit den Frauen verknüpft, weil diese ja in der Regel die meiste Betreuungsrbeit leisten – kindgerechter aufwachsen, müssen sie weder in einer Kleinklasse noch in einem Heim untergebracht oder in ihrer Delinquenz behandelt werden. Kindgerecht aufwachsen heisst eine sichere Wohnumgebung haben, wo Kinder ihrem Alter gemäss die Strasse und das Quartier entdecken, ihre Eigenständigkeit entwickeln und selbständig Kontakte zu andern Kindern knüpfen können, ohne durch den motorisierten Verkehr behindert zu werden. In einer bedürfnisorientierten Politik müssen Frauen auch nicht so stark in Tabletensucht und Depressionen abgleiten, wie es heute zum Teil der Fall ist. Und sie sind als alleinerziehende Mütter von einem oder mehr Kindern sozial akzeptiert und respektiert.

Als einen Anspruch auf Veränderung in der Politik nennt Ihr die «Wahrnehmung der politischen Kraft und Kreativität von Frauen – kein Bremsen und Blockieren»...

Wir begreifen Kreativität im ursprünglichen Sinne des Wortes: als kreieren, schaffen. Wir wollen nicht nur Vorgegebenes, Vorgeformtes hinnehmen, wiederkäuen, sondern wir sind aufgrund unserer Lebenserfahrungen, Gefühle, vielleicht auch aufgrund unserer musischen, künstlerischen und sonstigen Begabungen, unseres gesunden Menschenverstandes, fähig dazu, neue Muster – innerhalb von Frauen-

zusammenhängen bewährte Muster – auch in der Politik zu praktizieren. Wir wollen diesen neuen Mustern zu einer Wertigkeit verhelfen, die nicht ins Lächerliche gezogen wird. ●



CHRISTINE D'SOUZA, 32 Jahre alt, ist Ärztin in Basel und Gründungsmitglied der Neuen PdA. Sie verbrachte längere Zeit in der Ex-DDR.

Die 13 Regierungsrats-Kandidatinnen des FrauenForum und ihre Listennamen:

SUSANNE BERTSCHI, 1950, Anwältin (Nora)
LIEVE BOSMANS BAUR, 1961, Landschaftsarchitektin (Vita Sackville-West)
CHRISTINE D'SOUZA, 1963, Ärztin (Rosa Luxemburg)
MAJA DUBACH PULFER, 1931, Lehrerin (Emilie Kempin-Spyri)
ANNE-SIBYLLE FREY-GREINER, 1948, Vergolderin/Restauratorin (Florence Nightingale)
URSULA GLÜCK, 1947, Geschäftsführerin der Frauenliste Basel (Iris von Roten)
IRENE HUBER, 1959, Mittellehrerin, Grossrätin Frauenliste Basel (Virginia Woolf)
PATRICIA PURTSCHERT, 1973, Studentin (Simone de Beauvoir)
LENA DORIS RÉRAT, 1946, Supervisorin (Audre Lorde);
SABINE SCHÄFER, 1963, Geschäftsführerin (Agatha Christie)
VERENA SOLDATI, 1949, Zoologin/Erwachsenenbildnerin (Gertrude Stein)
URSULA STEHLIN, 1961, Sprachlehrerin (Jeanne d'Arc)
CHRISTINE STUDER BÄUMLI, 1955, kaufm. Angestellte und Familienfrau im Job-Sharing (Anna Göldin)

Dies will das Wahlprojekt des FrauenForum:

- Wir bieten eine echte Wahl.
- Wir zeigen die politische Kraft und Kreativität der Frauen.
- Wir legen unsere Vorstellungen von einer Stadtpolitik mit menschlichem Gesicht dar.
- Wir erheben jetzt den Anspruch auf eine zweite Frau in der Regierung.

Für weitere Informationen zum FrauenForum: Annie Spuhler (Sprecherin), Hohe-Winde-Str. 26, 4059 Basel, Tel. 061/361 22 27.